

Satzung Die Linke. Kreisverbandes Salzgitter

§ 1 - DER NAME, DER SITZ UND DAS TÄTIGKEITSGEBIET

- (1) Die Partei führt den Namen „Die Linke Salzgitter“. Die Kurzbezeichnung lautet „Die Linke“. Sie ist Teil der Bundespartei „Die Linke“ und des Landesverbandes Die Linke Niedersachsen.
- (2) Das Tätigkeitsgebiet der Partei „Die Linke Salzgitter“ ist die Stadt Salzgitter.
- (3) Sitz dieses Kreisverbandes ist Salzgitter.

§ 2 - DIE ORGANE DES KREISVERBANDES

Die Organe des Kreisverbandes sind:

- a. die Kreismitgliederversammlung
- b. der Kreisvorstand

§ 3 - DIE KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

- (1) Die Kreismitgliederversammlung ist das höchste Organ des Kreisverbandes. Sie berät und beschließt die grundsätzlichen politischen und organisatorischen Fragen des Kreisverbandes, kann sich aber auch jede Einzelentscheidung vorbehalten. Der Kreismitgliederversammlung gegenüber sind alle Organe des Kreisverbandes berichts- und rechenschaftspflichtig.

Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere:

- a. die Wahl und Abwahl des Kreisvorstandes
- b. die Beschlussfassung über Anträge, die an sie gerichtet sind sowie die Entgegennahme der Rechenschaftsberichte
- c. die Beschlussfassung über Anträge, die an den Bundes- und Landesparteitag gerichtet sind
- d. die Beschlussfassung über Wahlprogramme oder anderer programmatischer Aussagen des Kreisverbandes
- e. die Beschlussfassung über die Höhe der Sonderbeiträge von kommunalen Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträgern.
- f. die Bestimmung der Größe des Kreisvorstandes
- g. die Wahl der Delegierten für den Landes- und Bundesparteitag
- h. die Wahl der Vertreterinnen bzw. Vertreter und der Ersatzmitglieder in den Landesausschuss

- i. die Wahl von insgesamt zwei Rechnungsprüferinnen oder Rechnungsprüfern
 - j. die Entlastung des Kreisvorstandes
 - k. die Beschlussfassung über die Kreisverbandssatzung und über die Geschäftsordnung der Kreismitgliederversammlung
 - l. die Umwandlung der Kreismitgliederversammlungen in Kreisdelegiertenkonferenzen
 - m. die Gründung oder Auflösung von Ortsverbänden und Basisgruppen
 - n. die Trennung oder Verschmelzung von bzw. mit einem anderen Kreisverband
 - o. die Auflösung des Kreisverbandes
- (2) Kreismitgliederversammlungen finden mindestens viermal im Kalenderjahr statt. Der Kreisvorstand ist außerdem verpflichtet, unverzüglich zu einer Kreismitgliederversammlung einzuladen, wenn dies mindestens 1/4 aller Mitglieder unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung verlangen.
- (3) Die Kreismitgliederversammlung wird vom Kreisvorstand schriftlich unter Einhaltung einer Einladungsfrist von zwei Wochen und unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung einberufen. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf eine Woche verkürzt werden. Die schriftliche Einladung muss an jedes Mitglied verschickt werden. Es ist möglich, den Versand als elektronische Mail oder per Fax durchzuführen, sofern das betreffende Mitglied diesem Verfahren zustimmt. Näheres muss in der Geschäftsordnung des Kreisvorstandes geregelt sein. Die Fristen für die schriftliche Einladung beginnen mit der Aufgabe zur **Post**.
- (4) Folgende Gegenstände können nicht von der Kreismitgliederversammlung entschieden werden, wenn sie nicht mindestens vierzehn Tage vorher mit der Einladung bekannt gemacht worden sind.
- a. die Gründung oder Auflösung von Ortsverbänden oder Basisgruppen
 - b. die Beschlussfassung über die Rechenschaftsberichte der Kassenprüferinnen und Kassenprüfer
 - c. die Entlastung des Kreisvorstandes oder einzelner Mitglieder des Kreisvorstandes
 - d. Anträge, die satzungsändernde Beschlüsse zum Ziel haben
 - e. Wahlen und Abwahlen
 - f. finanzwirksame Beschlüsse, es sei denn, die Schatzmeisterin, bzw. der Schatzmeister stimmt dem Antrag zu.
- (5) Anträge, die sich auf die mit der Einladung bekannt gemachte vorläufige Tagungsordnung beziehen, müssen den anwesenden Mitgliedern spätestens zu Beginn der Kreismitgliederversammlung schriftlich vorliegen. Jedes Mitglied kann während einer Kreismitgliederversammlung Anträge stellen. Die Kreismitgliederversammlung kann aber beschließen, Sachanträge nicht zur Beschlussfassung zuzulassen, sondern auf die nächste Kreismitgliederversammlung zu vertagen, zu der in diesem Fall innerhalb von drei Wochen eingeladen werden muss.

- (6) Das Antrags- und Rederecht haben alle Mitglieder des Kreisverbandes. Die Kreismitgliederversammlung kann beschließen, das Rederecht auch anderen Personen zu erteilen
- (7) Kreismitgliederversammlungen tagen in der Regel öffentlich. Die Kreismitgliederversammlung kann jedoch die Öffentlichkeit ausschließen.
- (8) Kreismitgliederversammlungen können auch als Kreisdelegiertenkonferenzen durchgeführt werden. Dazu ist diese Satzung mit einfacher Mehrheit zu ändern, um zusätzlich zu diesen Regelungen festzulegen
 - a. wie die Delegierten gewählt werden
 - b. wie die Anzahl der Delegierten und wie der Delegiertenschlüssel bestimmt wird
 - c. wer das Rederecht besitzt

Alle übrigen Bestimmungen dieses Paragraphen werden sinngemäß auf die Kreisdelegiertenkonferenz übertragen.

- (9) Die Kreismitgliederversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

(10) Aufnahme von Mitgliedern

- a. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbandes, in dessen Geltungsbereich die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ihren /seinen 1. Wohnsitz hat, auf seiner nächsten Vorstandssitzung. Gegen Annahme oder die Zurückweisung eines Aufnahmeantrages kann beim Landesvorstand Einspruch eingelegt werden. Der Landesvorstand entscheidet abschließend.
- b. Alles weitere regelt die Landes- bzw. Bundessatzung.

§ 4 - Der Kreisvorstand

1. Der Kreisvorstand führt die politischen und organisatorischen Geschäfte des Kreisverbandes auf Grundlage der Parteisatzungen, des Parteiprogramms und der Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die durch diese Satzung nicht anderen Organen zugewiesen sind.
- 1a Die Anzahl der Mitglieder des Kreisvorstandes bestimmt die Mitgliederversammlung vor der Wahl desselben.

1b Die Zusammensetzung des Kreisvorstandes:

- Vorsitzende/Vorsitzender
1. Stellv. Vorsitzende/Vorsitzender
2. Stellv. Vorsitzende/Vorsitzender
Schatzmeisterin/Schatzmeister
Stellvertreterin bzw. Stellvertreter der Schatzmeisterin bzw. des Schatzmeisters
Schriftführerin bzw. Schriftführer
Beisitzerinnen bzw. Beisitzer
2. Der Kreisvorstand wird durch die Kreismitgliederversammlung gewählt. Seine Amtszeit beträgt 2 Jahre und endet mit der Neuwahl des Vorstandes.
 3. Scheidet ein Mitglied des Kreisvorstandes während der laufenden Amtsperiode aus, so findet während der nächsten Kreismitgliederversammlung eine Nachwahl für dieses Amt statt. Diese Amtszeit endet mit der des übrigen Kreisvorstandes.
 4. Die Abwahl des Kreisvorstandes bzw. eines oder mehrerer Vorstandsmitglieder durch eine Kreismitgliederversammlung ist möglich, sofern für das betreffende Mitglied bzw. die betreffenden Mitglieder gleichzeitig jeweils ein/e Nachfolger/in gewählt wird.
 5. Die Aufgaben des Kreisvorstandes sind:
 - a) Vorbereitung und Einberufung der Kreismitgliederversammlung
 - b) Die Darstellung des Kreisverbandes in der Öffentlichkeit
 - c) Die Durchführung von Wahlkreisversammlungen zur Landtags- und Bundestagswahl sowie der Wahlversammlung zur Aufstellung der kommunalen Wahllisten bzw. Direktkandidaten/innen
 - d) Die Durchführung von Urabstimmungen auf Kreisebene
 - f) Finanzplanung und Rechenschaftslegung (siehe auch § 5 der Satzung)
 6. Der/die Vorsitzende oder deren Stellvertreter/innen vertreten die Partei nach außen.
 7. Die Schatzmeisterin bzw. der Schatzmeister vertritt den Kreisverband im Landesfinanzrat.
 8. Der Kreisvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 5 – Geschäftsführender Vorstand

Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an:

Der/die Vorsitzende/der Vorsitzende

Die stellvertretenden Vorsitzenden

Die Schatzmeisterin/der Schatzmeister

Die Schriftführerin/der Schriftführer

(Der Kreisvorstand kann weitere Vertreter aus dem Kreisvorstand benennen, wobei der geschäftsführende Kreisvorstand weniger als die Hälfte der Mitglieder des Kreisvorstandes haben muss)

Aufgaben des geschäftsführenden Kreisvorstandes:

- a) Organisation der Geschäftsstelle
- b) Darstellung des Kreisverbandes in der Öffentlichkeit
- c) Führen der Mitgliederliste
- d) Vorbereitung der Kreisvorstandssitzungen

§ 6 - DIE FINANZPLANUNG. RECHENSCHAFTSLEGUNG UND RECHNUNGSPRÜFUNG

- (1) Für die Rechenschaftslegung der Einnahmen und Ausgaben des Kreisverbandes ist der Kreisvorstand verantwortlich. Dieser hat jährlich, unter Einhaltung der Gesetze und der Bundes- wie der Landessatzung, einen Rechenschaftsbericht zu verfassen und den Mitgliedern zur Kenntnis zu geben.
- (2) Der Schatzmeisterin bzw. dem Schatzmeister obliegt die Aufsicht über alle Finanz- und vermögenspolitischen Entscheidungen. Finanzwirksame Beschlüsse des Kreisvorstandes kann sie bzw. er mit einem Veto blockieren, das entweder mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder oder durch Beschluss der Kreismitgliederversammlung aufgehoben werden kann.
- (3) Der Kreisverband führt einen Jahreshaushalt. Dieser wird für jedes Rechnungsjahr erstellt. Ein Rechnungsjahr entspricht einem Kalenderjahr.
- (4) Neben dem Jahreshaushalt wird ein Mehrjahresfinanzplan geführt. Dieser beinhaltet alle Finanzplanungen der auf den Jahreshaushalt folgenden 2 Jahre.
- (5) Der Jahreshaushalt und der Mehrjahresfinanzplan werden von der Schatzmeisterin bzw. dem Schatzmeister vorbereitet und nach Beratung im Kreisvorstand der Kreismitgliederversammlung zum Beschluss vorgelegt.

- (6) Die zwei Rechnungsprüferinnen bzw. Rechnungsprüfer werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Sie dürfen im Prüfungszeitraum nicht Mitglied des Kreisvorstandes gewesen sein. Sie prüfen die Finanztätigkeit des Kreisvorstandes sowie dessen Umgang mit dem Parteivermögen, worüber sie der Kreismitgliederversammlung Bericht erstatten.

§ 6 - DIE ORTSVERBÄNDE UND BASISGRUPPEN

- (1) Sofern dies sieben Personen wollen, können mit Zustimmung der Kreismitgliederversammlung Untergliederungen in Form von Ortsverbänden oder Basisgruppen gebildet werden.
- (2) Die Untergliederungen führen den Namen Die Linke mit der Hinzufügung des von ihnen gewählten ortsbezogenen Namens. In aller Regel ist dies der Name der Gebietskörperschaft, über die sich die Gliederung erstreckt.
- (3) Der räumliche Geltungsbereich einer Untergliederung des Kreisverbandes sollte sich mit den entsprechenden Grenzen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden decken.
- (4) Untergliederungen entscheiden in eigener Zuständigkeit nur über die Angelegenheiten, die in ihrem räumlichen Geltungsbereich fallen, sofern diese Satzung nichts anderes festlegt. Sie sind in allen Angelegenheiten, die durch die Organe des Kreisverbandes entschieden werden, angemessen in den Beratungs- und Entscheidungsprozeß einzubinden.
- (5) Untergliederungen haben nicht das Recht auf eine eigenständige Kassenführung. Ihnen sind im Rahmen des Kreishaushalts angemessene Mittel für ihre politische Arbeit zur Verfügung zu stellen.
- (6) Wenn Untergliederungen in ihren Beschlüssen und ihrem politischen Wirken erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzungen oder Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, können sie durch Beschluss der Kreismitgliederversammlung aufgelöst werden.
- (7) Die Organe der Untergliederung sind mindestens die Mitgliederversammlung und der Vorstand. Die Untergliederungen können weitere Organe in ihrer Satzung bestimmen.
- (8) Untergliederungen geben sich eine Satzung sowie eine Geschäftsordnung für ihre Organe. Bis dahin gelten diese Satzung sowie die Geschäftsordnungen des Kreisverbandes.

§ 7 - DER MITGLIEDERENTSCHEID (URABSTIMMUNG)

- (1) Zu allen politischen Fragen im Kreisverband kann eine Urabstimmung durchgeführt werden

§ 8 - DIE PROTOKOLLE UND DIE BESCHLUSSFÄHIGKEIT

- (1) Zu allen Sitzungen der Organe des Kreisverbandes ist mindestens ein Ergebnisprotokoll anzufertigen, das alle Parteimitglieder einsehen und für eigene Zwecke vervielfältigen dürfen, sofern gesetzliche Bestimmungen dem nicht im Wege stehen oder das betreffende Organ mit einer Mehrheit von 2/3 seiner anwesenden stimmberechtigten Mitglieder nichts anderes beschließt. Parteimitglieder sowie Gäste können verlangen, dass das Protokoll persönliche Erklärungen im Wortlaut enthält.
- (2) Die Organe des Kreisverbandes sind beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und sofern zumindest 3 stimmberechtigte Personen anwesend sind.

§ 9 - DIE SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- (1) Diese Satzung tritt mit Beschluss der Kreismitgliederversammlung der Partei Die Linke. Salzgitter am 05. 07. 2008 Kraft.
- (2) Satzungsänderungen werden mit einer 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen, sofern diese Satzung nichts anderes bestimmt.
- (3) Für alle Angelegenheiten, die in dieser Satzung nicht geregelt sind, gilt die Satzung des Landesverbandes. Enthält sie ebenfalls dazu keine Regelungen, gilt die Satzung des Bundesverbandes.